POLITIKINFORMATION OSTEUROPA

44
März 1995

DIE LINKE MITTE IN MITTEL- UND OSTEUROPA GEGENÜBER EU UND NATO

Die **Osterweiterung von EU und NATO** beschäftigt auch die - im weitesten Sinne - sozialdemokratischen Kräfte in Mittel- und Osteuropa. Ihre Haltung unterscheidet sich aber kaum von der der anderen politischen Kräfte in den jeweiligen Ländern. Ob an der Regierung - wie z.B. in Ungarn - oder in der Opposition, die linke Mitte teilt den weitgehenden **Konsens für eine Westintegration**. Die Reformkommunisten zeichnen sich allerdings durch eine etwas stärkere Rücksichtnahme auf die Interessen und Gefühle Rußlands aus.

RUßLAND: SUCHE NACH EINER STARKEN ROLLE IM NEUEN EUROPÄISCHEN KONTEXT

Die **Sozialdemokratische Partei Rußlands**, die mit 2 von 450 Abgeordneten in der DUMA vertreten ist, beschäftigt sich nicht mit russischer Außen- und Sicherheitspolitik. Die beiden Abgeordneten konzentrieren sich auf soziale Fragen. Sie unterstützen jedoch den Kurs der aktuellen russischen Regierung und Präsident Jelzins. Die jüngst gegründete "**Soziale Union**" (Lipitzkij, Romanziew, Jürgens) hängt eher nationalistischen Positionen der Wiederherstellung der alten Sowjetunion unter Einbeziehung des Baltikums an.

Der gemeinsame Minimalnenner aller demokratischen Parteien, die in der DUMA vertreten sind, ist die von **Kosyrew 1993** formulierte außenpolitische Doktrin, die 4 Kernpunkte umfaßt: 1. Schutz russischer Minderheiten; 2. Aktive Stabilisierungsfunktion in der GUS; 3. Starke Position in einem neuen europäischen Sicherheitskonzept und 4. gleichberechtigte Partnerschaft mit den USA.

Die russische Außenpolitik steht einer **EU-Osterweiterung positiv** gegenüber und sieht hier eine Möglichkeit eines engeren Waren- und Güteraustausches mit den europäischen Nachbarn.Rußland versucht aber, die **NATO-Osterweiterung** um die 4 Visegrad-Länder und insbesondere um das Baltikum zu **verhindern**, möchte sich aber gleichzeitig die Option selbst Mitglied der NATO zu werden offen halten. Beiden Haltungen ist die Furcht vor Isolation gemeinsam, der Rußland auch durch eine Stärkung der KSZE vorbeugen will.

Vladimir **Lukin**, Vorsitzender des auswärtigen Ausschusses der DUMA und der Sozialdemokratie nahestehend, sieht deshalb in einer gestärkten KSZE eine unabdigbare Voraussetzung einer neuen sicherheitspolitischen tragfähigen Struktur in Europa. Rußland möchte einen KSZE-Sicherheitsrat ähnlich dem UN-Sicherheitsrat.

Ein Informationsdienst
Abteilung Industrieländer

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG

D-53170 Bonn
Godesberger Allee 149
D-53175 Bonn
Telefon 02 28/88 33 84
Telefax 02 28/88 35 38

C 08 - 02828

POLEN: WESTINTEGRATION OHNE KONFRONTATION RUßLANDS

Alle politischen Parteien Polens eint die **Angst vor einem "Neoimperialismus" Rußlands**. Polen soll seine neu gewonnene Souveränität nicht mehr verlieren. Deren Garant bleibt die **Westintegration**, das Hauptziel aller politischer Gruppierungen Polens und von ca. 70-75% der Bevölkerung (nach Meinungsumfragen) - trotz oft ungenauer Kenntnisse über EU, NATO, WEU und KSZE. Polen betreibt entsprechend energisch den EU-Beitritt und die Anpassung an Bedingungen einer EU- und NATO-Mitgliedschaft.

In leichter Abweichung zu dieser Grundhaltung betonen die sich in der Regierung befindenden Postkommunisten, die **Allianz der demokratischen Linken** (SLD, ca. 20% der Stimmen) die Notwendigkeit guter Nachbarschaft auch nach Osten. Die SLD will ebenso gleichberechtigte Beziehungen zu den östlichen Nachbarn schaffen. Die NATO-Osterweiterung wird als notwendige Zwischenstufe zu dem wenig durchdachten Fernziel eines kollektiven europäischen Sicherheitssystems innerhalb der KSZE unter Einbeziehung Rußlands gesehen.

Die Politiker der **Freiheitsunion** (UW, ca. 10% der Stimmen), dem jüngsten Zusammenschluß der Demokratischen Union (DU) und des Liberaldemokratischen Kongreß (KLD), und insbesondere ihr Vorsitzender Premierminister a.D. Mazowiecki sehen in der Westintegration Polens ein Hauptelement einer künftigen europäischen außenpolitischen Architektur. Ihr Augenmerk richtet sich auf eine künftige Achse Frankreich - Deutschland - Polen, die eine besondere Rolle Polens in Europa gewährleiste. Andererseits erwarten auch sie, daß die NATO ein konstruktives Verhältnis zu Rußland entwickelt.

Die **Arbeitsunion** Polens (UP, ca. 7 % der Stimmen) unter ihrem Vorsitzenden Bugaj gehört zu jenen Parteien, die das Thema Westintegration Polens und deren Folgen bislang nicht weiter reflektiert haben, trotz einiger profilierter Außenpolitiker in ihren Reihen, wie W. Lamentowicz. Die auf innenpolitische Fragestellungen ausgerichtete Wählerschaft der UP und der Mangel an Regierungserfahrung machen dies verständlich. EU- und NATO-Beitritt werden jedoch instinktiv als politische Pflicht befürwortet. Die bevorstehende Mitgliedschaft der UP in der Sozialistischen Internationale (SI) könnte eine intensivere Beschäftigung mit Außen- und Sicherheitspolitik bewirken.

UNGARN: AUßENPOLITISCHER REALISMUS DER MSZP

Die **sozialistische Partei** (MSZP, absolute Mehrheit im Parlament) und ihre Regierung sehen, ähnlich wie ihre konservative Vorgängerregierung, keine Alternative zu einer vollständigen Integration Ungarns in die EU und die NATO. Die MSZP tritt dafür ein, daß zu gegebener Zeit ein Referendum zur NATO-Mitgliedschaft Ungarns durchgeführt wird. Die anstehende Mitgliedschaft der MSZP in der SI wird als begleitender und unterstützender Schritt zur Westintegration Ungarns gesehen.

C 08 - 02828

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn Bibliothek

Die hohe Auslandsverschuldung zwingt Ungarn zur Offenheit für Direktinvestitionen und zu großen Exportanstrengungen. Der EU-Markt und insbesondere die Möglichkeit, dort Agrarprodukte zu verkaufen, machen die **EU-Vollmitgliedschaft zu einer nationalen Priorität.**

Sicherheitspolitisch begrüßt die MSZP-Regierung das "Partnership for Peace"-Programm, da es einerseits Rußland die Möglichkeit bietet, sich der NATO zu nähern, andererseits in Rechnung stellt, daß die innenpolitische Entwicklung in Rußland eine falsche Richtung nehmen könnte. **Premierminister G. Horn** sucht jedoch verstärkt den Dialog mit Moskau, trotz Kritik seines liberalen Koalitionspartners, des SZDSZ (ca. 10% der Stimmen).

Auch die unbedeutenden und nicht im Parlament vertretenen **Sozialdemokraten** (MSZDP) treten für einen EU-und NATO-Beitritt Ungarns ein.

TSCHECHIEN: IRREVERSIBLER ZUGANG ZU WESTLICHEN MÄRKTEN DURCH EU UND NATO

Für die tschechische Politik haben Sicherheitsrisiken, die von Rußland ausgehen könnten, nicht die Bedeutung wie für Polen oder weiter östlich liegende Nachbarn. Die Regierung Klaus und seine rechtsliberale **Demokratische Bürgerpartei** (76 von 200 Parlamentssitze) hat ein klares Programm der vollständigen Westorientierung Tschechiens. Sie will aus sicherheitspolitischen Gründen in die NATO. Sie will durch die EU - Mitgliedschaft einen irreversiblen und uneingeschränkten Zugang zum westeuropäischen Markt. Weder die KSZE als sicherheitspolitische Option noch eine Rücksichtnahme auf russische Bedenken schmälern dies Entschiedenheit der Regierung.

Dieser Strategie haben die **Sozialdemokraten** (CSSD) unter ihrem Vorsitzenden Zemann (18 Parlamentssitze) nichts entgegenzusetzen. In ihrem Programm von 1992 teilen sie die Position der Regierung. Im politischen Alltag schweigen sie sich aus. Sie konzentrieren sich statt dessen auf Nebenkriegsschauplätze wie die Euroregionen, die Klaus skeptisch betrachtet, die Sudetenfrage.

SLOWAKEI: UNGEKLÄRTE AUßEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

Alle politischen Kräfte der Slowakei sind auf Grund der komplizierten innenpolitischen Situation und der **Konzentration auf innenpolitische Themen** relativ unerfahren in außen- und sicherheitspolitischen Fragen.

Der Wahlsieger der Parlamentswahlen im Oktober 1994, **Meciar** und seine Partei, die **HZDS**, treten offiziell für eine Westorientierung der Slowakei einschließlich NATO- und EU- Beitritt ein. Ihre politische Praxis (z.B.: die Minderheitenfrage) und ihre nationalistische Rhetorik enthüllten jedoch eine immer noch erhebliche Distanz zu den Grundwerten beider internationaler Gemeinschaften. Auf Kritik von außen reagieren sie häufig mit der "Drohung" einer Rückwendung nach Osten oder - etwas gemäßigter - einer slowakischen "Brückenfunktion zwischen West und Ost". Meciars Verteidigungsminister unterschrieb z.B. im August 1993 ein Abkommen über militä-

rische Zusammenarbeit mit Rußland. Dieses Abkommen würde einen eventuellen NATO-Beitritt erheblich behindern.

Dem gegenüber hat die im Oktober 1994 abgewählte **linksliberale Regierung unter Moravcik** sich praktisch und programmatisch eindeutig für eine engere Westbindung der Slowakei eingesetzt, schon um die zunehmende außenpolitische Isolierung der Slowakei unter der vorherigen Regierung Meciar zu beenden.

Die **Sozialdemokraten** und - mit ihnen eng verbündet - die **Partei der demokratischen Linken (SDL)** unter ihrem Vorsitzenden P. Weiss (ca. 10% der Stimmen), haben diese Politik aktiv unterstützt, allerdings gegen den Willen eines beträchtlichen Teils der Parteibasis. Der stellvertretende SDL - Vorsitzende Kanis hat als Verteidigungsminister wesentlich zum Beitritt der Slowakei zum "Partnership for Peace" - Programm beigetragen. Durch ihre moderate Minderheitenpolitik hat die linksliberale Regierung erfolgreich versucht, viele Widerstände - auch im Europarat - gegen eine Annäherung der Slowakei auszuräumen.

In der Bevölkerung ist diese Politik aber schwach verankert, wie die Niederlage der Linken bei den Wahlen zeigte. Die regierende **rechts-links-nationalistische** Koalition unter Meciar wird sicherlich zu neuen Irritationen in wesentlichen außen- und sicherheitspolitischen Positionen der Slowakei führen. Die Sozialdemokraten und die SDL erwarten seitens ihrer europäischen Freunde Unterstützung in ihrer außen- und sicherheitspolitischen Auseinandersetzung mit der aktuellen Regierung.

BALTISCHE REPUBLIKEN: NATO EINZIGER GARANT DER SICHERHEIT GEGENÜBER RUßLAND

Alle politisch relevanten Kräfte im Baltikum schauen mit **Besorgnis und Angst nach Moskau** angesichts der dort zunehmenden ökonomischen und politischen Instabilität. Die Ängste sind angesichts der geographischen Lage, des Grenzkonflikts Estlands und des hohen russischen Bevölkerungsanteil verständlich. Die NATO und damit verbunden ein Beitritt zu dieser erscheinen als die einzige geeignete sicherheitspolitische Institution, die den Schutz der Freiheit und Souveränität der baltischen Republiken gewährleisten kann.

Die **estnischen Sozialdemokratie** (nach den Neuwahlen am 5.3.95 zwei von 102 Abgeordneten im Parlament) haben folgendes außen- und sicherheitspolitisches Konzept für Europa vorgelegt: EU bzw. WEU und GUS schließen einen gegenseitigen Nichtangriffspakt, einen "2+Vertrag". Das "+" bedeutet, daß der Vertrag für die Staaten offen ist, die weder EU- noch GUS-Mitglied sind, also die vier Visegrad-Länder und die baltischen Staaten. Eine NATO-Erweiterung wäre damit nicht notwendig. Des weiteren solle die GUS ein GUS-Parlament - ähnlich dem Europaparlament - mit Rechten und Pflichten etablieren und so über analoge Strukturen die gegenseitige Zusammenarbeit vertiefen. Mittelfristig könnte dann eine Koppelung beider Parlamente ins Auge gefaßt werden.

Von den unbedeutenden **lettischen (LSDSP, ohne Parlamentssitz) und litauischen (LSP, 7 Abgeordnete) Sozialdemokraten** sind keine besonderen Positionen zu der Fragestellung bekannt.

RUMÄNIEN UND BULGARIEN: EUROPÄISCHE EINBINDUNG ZUR DÄMPFUNG ETHNISCHER KONFLIKTE

Für Rumänien und Bulgarien ist ein EU- und NATO-Beitritt ein Symbol der **Anbindung an Europa**. Beide Länder fühlen sich von Europa vernachlässigt, fast vergessen. Ein NATO-Beitritt wird weniger als Garant einer Sicherheit gegenüber Rußland angesehen, als vielmehr als Stabilisierungsfaktor für ethnische Konflikte auf dem Balkan. So wird angeführt, daß die NATO im Konflikt Griechenland / Türkei eine entscheidende Rolle der Dämpfung spiele.

Die **sozialdemokratischen orientierten Kräfte** in Rumänien (Petr-Roman-Partei) und in Bulgarien (Dertliev-Partei) teilen diese Positionen.